



FDP-Fraktion | 08.03.2013 - 14:15

Beruflichen Wiedereinstieg für Frauen erleichtern



Zum Weltfrauentag appelliert die FDP-Fraktion an Tarifpartner, Unternehmen und Verbände, den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach einer Familienauszeit zu erleichtern. „Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt müssen abgebaut werden“, erklärte FDP-Frauenexpertin **Nicole Bracht-Bendt**. Die Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, **Gudrun Kopp**, sagte, dass Frauen ein Recht auf ein gewaltfreies Leben haben. Diskutieren Sie auf der Facebook-Seite der FDP-Fraktion!

„Frauen und Männer arbeiten auf Augenhöhe, gleiches Gehalt für gleiche Arbeit muss selbstverständlich sein“, erklärte die frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Bracht-Bendt. Die Bundesregierung sei in der Pflicht, sich weiter an der Entwicklung von familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen zu beteiligen. „Nur wenn Beruf und Familie miteinander in Einklang gebracht werden, besteht echte Wahlfreiheit“, so die Liberale.

Die Liberalen im Bundestag setzen sich für eine Fortsetzung des [Aktionsprogramms "Perspektive Wiedereinstieg"](#) [1] in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit ein. Es sei Aufgabe von Politik und Wirtschaft, Frauen durch attraktive und flexible Arbeitsbedingungen zur Rückkehr in den Beruf zu motivieren, so Bracht-Bendt. Eine vorübergehende Auszeit aus dem Beruf dürfe nicht das Aus für die berufliche Karriere sein.

Kopp: Gewalt gegen Frauen und Mädchen weltweit bekämpfen

Gudrun Kopp (FDP), Parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, erklärte, der Weltfrauentag stehe für gleiche Rechte von Frauen und Männern überall und in allen Bereichen des

Lebens. Dazu gehöre, dass Frauen und Mädchen weltweit ein Recht auf ein gewalt- und diskriminierungsfreies Leben haben. „Gewalt gegen Frauen hat viele hässliche Gesichter: Grauenhafte Ehrenmorde, Zwangsprostitution, Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung und nicht zuletzt Vergewaltigung und Massenvergewaltigungen als Mittel der Kriegsführung“, so Kopp.

Gemeinsam mit den Partnerländern ist es Ziel des Entwicklungsministeriums, Gewalt gegen Frauen im Alltag zu bekämpfen. Deshalb hat Kopp in der vergangenen Woche die Botschafterinnen von Indien, Ruanda, Georgien, Madagaskar, Liberia und Burkina Faso zu einem „Power Talk“ ins BMZ eingeladen. „Hierbei wurde deutlich: Verfassungsrechtlich ist Geschlechtergleichheit in unseren Partnerländern bereits verankert, aber es gibt Defizite in der Anwendung im Alltag“, so Kopp. Strafverfolgung nach sexueller Gewalt und Diskriminierung von Frauen und Mädchen finde nicht oder kaum statt. „Das muss sich ändern: Die Gesellschaft darf Gewalt gegen Frauen nicht länger tolerieren“, forderte die Liberale.

In einer gemeinsam beschlossenen Erklärung riefen die Teilnehmerinnen dazu auf, die Rechte von Mädchen und Frauen zu schützen und jegliche Gewalt gegen sie zu beenden. Die Erklärung wurde der UN-Frauenrechtskommission zugeleitet. „Wir sind überzeugt, dass politischer Mut, Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein sowie ein gemeinsames Vorgehen aller Teilnehmerinnen der Frauenrechtskommission der richtige Weg ist, geschlechtsspezifische Gewalt zu überwinden“, so Kopp.

Pieper will den Schutz von Frauen verbessern

Cornelia Pieper, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, erklärte: „Das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen in der Welt ist erschreckend.“ Siebzig Prozent aller Frauen erlebten mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt. Gleichermaßen erschreckend sei, dass keine Region der Welt davon befreit sei, sagte Pieper am Donnerstag in Berlin. Es sei höchste Zeit, dass der Schutz von Frauen verbessert werde und ihre Rechte gewährleistet würden.

Im vergangenen Jahr habe sich Deutschland besonders in Ruanda, Russland und Dschibuti für die Rechte von Frauen eingesetzt. „Bildung und ein gesellschaftlicher Wandel auf allen Ebenen sind nötig, um Gewalt gegen Frauen zu beenden. Jeder Einzelne kann dazu beitragen“, betonte die Staatsministerin.

Haußmann: Wir wollen mehr Frauen in Spitzenpositionen

Der frauenpolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion im Baden-Württembergischer Landtag, Jochen Haußmann, forderte, dass spätestens bis zum kommenden Internationalen Frauentag ein Landesaktionsplan gegen Zwangsheirat von Frauen vorgelegt werden müsse. Zudem müsse die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessert werden. „Wir wollen mehr Frauen in Spitzenpositionen“, betonte er. „Als Land des Mittelstands können wir es uns nicht leisten, auf die vielfältigen Kompetenzen von Frauen in der Wirtschaft zu verzichten.“

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/beruflichen-wiedereinstieg-fuer-frauen-erleichtern#comment-0>

Links

[1] <http://www.perspektive-wiedereinstieg.de/>